

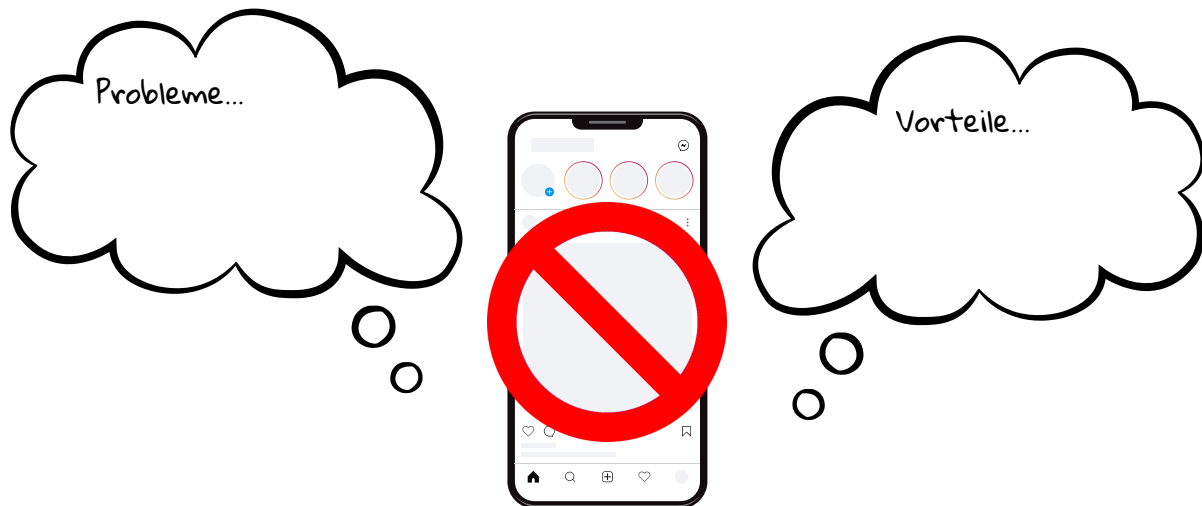
IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?



Seit dem 10. Dezember 2025 ist Jugendlichen unter 16 Jahren in Australien die Nutzung sozialer Netzwerke gesetzlich untersagt. Die Maßnahme sorgt für kontroverse Reaktionen und lenkt den Blick auf die Frage, wie in Deutschland mit sozialen Medien umgegangen werden sollte.

EINSTIEG

- 1 Stell dir vor, ab morgen wäre die Nutzung **sozialer Netzwerke** für **Jugendliche** in deinem Alter **gesetzlich verboten**.
 - a) *Nenne* zwei **Probleme** oder Nachteile, die sich für dich daraus ergeben würden.
 - b) *Beschreibe* zwei mögliche **Vorteile**, die ein solches Verbot für dich haben könnte.Trage deine Antworten in die Denkblasen ein.



AUFGABEN

- 2 *Arbeite* in **Viererguppen**. *Teile* die **untenstehenden Pro- und Contra-Perspektiven** zur Debattenfrage so *auf*, dass jede Person eine Perspektive bearbeitet.



Soziale Medien sind
unsicherer als
deutsche Straßen bei
Nacht

Beitrag vom 16.11.2025

Pro



Es ist nie zu spät,
junge Menschen zu
schützen

Beitrag vom 09.11.2025

Pro



Altersgrenzen auf
Social Media nehmen
Kindern ihre Stimme
und Rechte

Beitrag vom 20.11.2025

Contra



Verletzlichkeit ist ein
Preis der Freiheit –
und die muss
bewahrt werden

Beitrag vom 02.12.2025

Contra

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?

AUFGABEN

- 3 Scanne den **QR-Code** deiner Perspektive und lies den **Text**. Erstelle eine **Tabelle** und analysiere die enthaltenen **Argumente**. Lege für jedes Argument eine Tabellenzeile an und halte **stichpunktartig** fest:
 - die vertretene **Position** (Pro oder Contra)
 - das **Argument**
 - die **Begründung**
 - den **Beleg** oder ein **Beispiel**
 - ein **mögliches Gegenargument**.
- 4 Erklärt euch in der Gruppe gegenseitig eure **Ergebnisse** aus **Aufgabe 3**. Ergänzt eure **Tabelle**, indem ihr die Argumente der anderen Perspektiven **stichpunktartig** notiert.
- 5 Wähle aus allen besprochenen Argumenten:
 - a) zwei Argumente, die dich **besonders überzeugt** haben,
 - b) zwei Argumente, die dich **weniger überzeugt** haben.**Begründe** deine Auswahl jeweils kurz.
- 6
 - a) Gebt alle **Maßnahmen zum Schutz Jugendlicher** im **Umgang mit sozialen Netzwerken** wieder, die in den **Texten** vorgeschlagen werden.
 - b) Bewertet, wie **realistisch** die Umsetzung dieser Maßnahmen ist.
 - c) Nehmt *Stellung*, welche Maßnahme ihr **bevorzugt**, und *begründet* eure Wahl.

PLENUMSDISKUSSION

- 7 Diskutiert im Plenum die **Debattenfrage**. Wer in Aufgabe 2 eine Pro-Perspektive bearbeitet hat, vertritt nun eine Contra-Position – und umgekehrt.

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?

LÖSUNGEN

1 Mögliche Probleme/ Nachteile

- weniger Kontakt zu Freund:innen, besonders außerhalb der Schule
- Ausschluss aus Gruppen (z. B. Klassenchats, Verabredungen)
- weniger Informationen über aktuelle Trends, Nachrichten oder Events
- Gefühl, „nicht dazugehören“
- Umständlichere Organisation von Freizeitaktivitäten

Mögliche Vorteile

- weniger Zeitdruck und Vergleich mit anderen
- geringere Ablenkung im Alltag (z. B. beim Lernen)
- mehr Zeit für Hobbys, Sport oder Treffen im echten Leben
- weniger Stress durch Likes, Kommentare oder Cybermobbing
- besserer Schlaf, weil man weniger am Handy ist

3 Eine Übersicht aller analysierten Argumente finden Sie in den Tabellen.



*Soziale Medien sind
unsicherer als deutsche
Straßen bei Nacht*
Beitrag vom 16.11.2025
Valerie Höhne, Süddeutsche
Zeitung

Position	Argument	Begründung	Beleg / Beispiel	Mögliches Gegenargument
Pro	Soziale Medien sind für Kinder und Jugendliche gefährlich	Jugendliche sind dort verschiedenen Risiken ausgesetzt, die sie überfordern können	Genannt werden Suchtfaktor durch „bunte Bilder und schnelle Schnitte“, Annäherungen von Erwachsenen sowie Beleidigungen und Ausschluss	Risiken könnten auch ohne gesetzliches Verbot anders begrenzt werden
Pro	Jugendliche müssen von Erwachsenen geschützt werden	Soziale Medien seien unsicherer als andere Bereiche, in denen Kinder geschützt werden	-	Jugendliche müssen selber einen sicheren Umgang mit Sozialen Medien lernen

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?

Position	Argument	Begründung	Beleg / Beispiel	Mögliches Gegenargument
Pro	Altersgrenzen sind sinnvoll und gesellschaftlich akzeptiert	Mit zunehmendem Alter steigen Selbstreflexion und Verantwortungsübernahme	Vergleich mit Altersgrenzen für Alkohol, Autofahren und Wahlen	Soziale Medien unterscheiden sich von diesen Bereichen



Es ist nie zu spät, junge Menschen zu schützen
 Beitrag vom 09.11.2025
 Anne Diekhoff, TAZ

Position	Argument	Begründung	Beleg / Beispiel	Mögliches Gegenargument
Pro	Soziale Medien wirken sich negativ auf Jugendliche aus	Eine stärkere Nutzung steht in Zusammenhang mit psychischen Belastungen	Studien aus Dänemark zeigen einen Zusammenhang zwischen steigender Social-Media-Nutzung sowie schlechterem Selbstbild und schlechterer Stimmung	Ein Zusammenhang bedeutet nicht zwingend, dass soziale Medien die Ursache sind
Pro	Auch wenn ein Verbot die Probleme nicht sicher löst, sollte es versucht werden	Gesellschaftliche Veränderungen seien möglich, auch wenn sie zunächst unrealistisch erscheinen	-	Ein Versuch könnte wirkungslos bleiben
Pro	Regeln können schädliche Gewohnheiten verändern	Verhaltensänderungen wurden in der Vergangenheit durch gesetzliche Regelungen erreicht	Beispiele: Anschnallgurt im Auto und Rauchverbote, die früher erlaubt waren	Soziale Medien unterscheiden sich von diesen Beispielen

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?



*Altersgrenzen auf Social
Media nehmen Kindern
ihre Stimme und Rechte*

Beitrag vom 20.11.2025
Lena Rückerl, Aachener Zeitung

Position	Argument	Begründung	Beleg / Beispiel	Mögliches Gegenargument
Contra	Ein gesetzliches Mindestalter nimmt Jugendlichen Rechte und Stimmen	Soziale Medien sind ein zentraler Ort für Meinungsäußerung und Beteiligung	-	Schutz vor Gefahren könnte wichtiger sein als uneingeschränkte Teilhabe
Contra	Soziale Medien ermöglichen politische Mitbestimmung junger Menschen	Viele Bewegungen organisieren sich über soziale Netzwerke	Beispiele: Fridays for Future und Gen-Z-Proteste in Nepal, die sich über soziale Medien organisiert haben	Politische Beteiligung sei auch ohne soziale Medien möglich
Contra	Medienkompetenz ist sinnvoller als Verbote	Ein früher, begleiteter Umgang ermöglicht verantwortungsvolle Nutzung	-	Nicht alle Jugendlichen erhalten ausreichend Begleitung und Schutz

LÖSUNGEN

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?



*Verletzlichkeit ist ein
Preis der Freiheit – und
die muss bewahrt werden*

Beitrag vom 02.12.2025
Volker Boehme-Neßler, CICERO

Position	Argument	Begründung	Beleg / Beispiel	Mögliches Gegenargument
Contra	Ein gesetzliches Mindestalter greift stark in Freiheits- und Elternrechte ein	Der Staat greift an den Eltern vorbei in die Erziehung ein, die eigentlich die Verantwortung für ihre Kinder tragen	-	Staatlicher Schutz könnte als notwendig angesehen werden
Contra	Eine Altersgrenze schränkt Meinungs- und Informationsfreiheit ein	Das Internet ist zentral für Information und Meinungsäußerung	-	Schutz vor Gefahren könnte wichtiger sein als uneingeschränkter Zugang
Contra	Freiheit beinhaltet auch Risiken	Sicherheit durch staatliche Regulierung geht auf Kosten von Freiheit	-	Jugendliche könnten besonders schutzbedürftig sein

LÖSUNGEN

6 a) Maßnahmen aus den Texten:

- Gesetzlich festgelegtes Mindestalter für die Nutzung sozialer Netzwerke
- Früher, begleiteter Zugang und Förderung von Medienkompetenz
- Stärkere Verantwortung der Plattformen für sichere digitale Räume
- Schutz durch Eltern statt staatlicher Eingriffe

IST EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE NETZWERKE SINNVOLL?

LÖSUNGEN

6 b) Bewertungen zur realistischen Umsetzbarkeit (Beispielantworten):

- Ein **gesetzliches Mindestalter** ist grundsätzlich umsetzbar, da Altersgrenzen auch in anderen Bereichen gesetzlich geregelt sind. In der Praxis ist die Kontrolle jedoch schwierig, weil viele Jugendliche ihr Alter leicht falsch angeben oder Regelungen umgehen können.
- Die Förderung von **Medienkompetenz** ist könnte realistisch sein, wenn sie durch Schule, Elternhaus und pädagogische Begleitung erfolgen kann. Ihre Wirksamkeit hängt allerdings stark davon ab, ob genügend Zeit, Wissen und Engagement vorhanden sind.
- Eine stärkere **Verantwortung der Plattformen** ist möglich, da diese die Gestaltung ihrer Angebote beeinflussen können. Gleichzeitig ist die Umsetzung schwierig, weil viele Plattformen international agieren und sich staatlicher Kontrolle teilweise entziehen.
- Der **Schutz durch Eltern** ist ohne neue gesetzliche Regelungen umsetzbar und stärkt das Elternrecht. Allerdings ist diese Maßnahme ungleich wirksam, da nicht alle Eltern ihre Kinder gleichermaßen begleiten oder schützen können.